

## **Festrede von Harald Schumann (Tagesspiegel) auf der 10-Jahresfeier von LobbyControl am 21. November 2015**

Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich fühle mich wirklich geehrt, hier zu diesem großartigen Anlass sprechen zu dürfen.

10 Jahre! Eigentlich kaum zu glauben. Ich erinnere mich noch gut an damals, als Uli Müller und Heidi Bank, die damals noch Heidi Klein hieß, mich zu einer der ersten PK eingeladen hatten, um ein paar unterstützende Worte zu sagen. Und ganz ehrlich, ich wünschte dem Vorhaben zwar alles Gute, aber so richtig dran geglaubt habe ich nicht. Allzu hoch schienen mir die Hürden auf dem Weg zur öffentlichen Wahrnehmung, und erst recht zu tatsächlicher politischer Wirkung.

Der Irrtum hätte größer nicht sein können. Heute ist LC ein bekannter Akteur auf der politischen Bühne, die Mitarbeiter werden regelmäßig zitiert, werden als Experten geladen oder treten in Talkshows auf. Und seien es die sogenannten Nebentätigkeiten der BT-Abgeordneten oder die Entlarvung der politischen Führungskräfte als Lobbyisten im Amt, die mit der Aussicht auf lukrative Jobs in den Konzernen geködert werden; sei es die als Lernhilfe getarnte Gehirnwäsche für unsere Kinder an den Schulen durch manipulative Unterrichtsmaterialien oder die verdeckte PR in sozialen Medien – all diese dunklen Seiten des Lobbyismus hat LC öffentlich gemacht, und so ganz wesentlich auch die politische Agenda mit bestimmt.

Und erst gestern ist ein großer Sieg dazugekommen: Das Oberverwaltungsgericht Berlin hat abschließend und rechtskräftig entschieden, dass alle BT-Fraktionen, und eben auch die Union offenlegen muss, wem sie Hausausweise für den freien Zugang zum Bundestag gewährt. Künftig dürfen wir wenigstens wissen, welche Lobbyisten dieses Privileg genießen. LC war zwar nicht der Kläger, sondern dank meines Kollegen Jost Müller-Neuhof der Tagesspiegel. Aber sicher ist, ohne die Arbeit von LC wäre es wohl nicht so weit gekommen.

Das kann man gar nicht genug loben, dafür ein großes Dankeschön.

Aber, und das ist die schlechte Nachricht, bei all dem ist eine verblüffende und paradoxe Entwicklung zu beobachten:

Ja, das Problem der intransparenten und unkontrollierten Einflussnahme von starken wirtschaftlichen Akteuren wird inzwischen viel intensiver wahrgenommen und diskutiert als vor zehn Jahren. Nie wussten wir so viel über die verborgene Mechanik des Lobbyismus wie heute.

Aber gleichzeitig wird das eigentliche Problem immer größer: Der Zugriff organisierter wirtschaftlicher Interessen auf die Gestaltung von Gesetzen und Regeln nimmt ständig zu, nicht ab, und das obwohl wir vielfach die Akteure und die personellen Verflechtungen zwischen Konzernen, staatlicher Bürokratie und der Politik-Elite ziemlich genau kennen.

Ein herausragendes Beispiel ist die Finanzindustrie. Sieben Jahre ist es nun her, dass die Lenker der globalen Kapitalströme die Weltwirtschaft in die schlimmste Rezession seit 1930 stürzten. Zig Millionen Menschen rund um die Welt verloren ihre Arbeit. Den wirtschaftlichen Schaden aus verlorener Wirtschaftsleistung beziffern Fachleute für die Vereinigten Staaten auf mehr als 10 Billionen Dollar, das sind 10 tausend x 1000 Millionen. In Europa ist der Schaden vermutlich sogar noch höher. Allein die Bankenrettung in Deutschland wird am Ende mindestens 60 Milliarden Euro kosten, soviel wie der doppelte Jahresetat aller deutschen Universitäten zusammen. Und heute, sieben Jahre nach dem Crash, hat die Wirtschaftsleistung der Eurozone noch nicht mal das Niveau von 2008 erreicht.

Allein das wäre ja nun wirklich ein ausreichender Grund, die Finanzbranche radikal zu reformieren, um eine Wiederholung dieser Katastrophe auszuschließen. Keine geringere als

Kanzlerin Merkel brachte die zentrale Maxime dieser Re-Regulierung im September 2009 auf die passende Kurz-Formel, ich zitiere:

„Nieder wieder darf eine Bank so groß sein, dass sie Staaten erpressen kann, das ist der wichtigste Punkt.“

Doch genau an diesem wichtigsten Punkt ist es der Finanzlobby gelungen, alle relevanten Reformvorschläge zu blockieren. Gesetzesvorschläge zur Zerschlagung systemgefährlicher Finanzkonzerne wurden gar nicht erst vorgelegt. Und jene Reformen, die wenigstens das Risiko-Geschäft mit Wertpapieren vom übrigen Einlagen- und Kreditgeschäft trennen sollten, wurden so weit verwässert, dass sie außer zusätzlichem bürokratischen Aufwand für die Aufseher nichts bringen werden.

Der wichtigste Punkt der Kanzlerin wurde also gar nicht erst angegangen, schlimmer noch: Die System-Banken und Versicherungen, also jene, die im Krisenfall freien Zugriff auf die Staatskasse bekommen, sind heute sogar noch größer und noch mächtiger als 2008.

Angesichts des angerichteten Schadens ist das ein ungeheuerliches Politik-Versagen. Ganz sicher ist das auch eine Folge der Tatsache, dass die führenden Manager der globalen Finanzkonzerne quasi eine Standleitung ins Berliner Kanzleramt, das Weiße Haus oder das Brüsseler Berlaymont haben, dem Sitz der EU-Kommission. Und gewiss gab und gibt es dort eine Menge Gespräche und Korrespondenz, die, wenn sie veröffentlicht werden müssten, für die betroffenen Politiker und Beamten hochnotpeinlich wären. Aber hätte das am Ergebnis wirklich etwas geändert? Ich werde gleich noch einmal drauf zurückkommen.

Ein weiterer Fall, der jeden Steuerzahler eigentlich zur Weißglut treiben muss, ist die Steuerflucht der transnationalen Konzerne. Das Problem ist jetzt seit Jahrzehnten bekannt. Ich selbst habe schon vor 20 Jahren das erste Mal darüber geschrieben: Unter Anleitung des Kartells der vier Prüfungskonzerne PWC, KPMG, EY und Deloitte spielen die großen Weltunternehmen die Nationalstaaten systematisch gegeneinander aus, und ergaunern sich, man muss es wirklich so nennen, ergaunern sich Steuersätze von einem Prozent und weniger. Das ist eine unerträgliche Ungerechtigkeit, wenn man etwa die brutale, menschenverachtende Kürzung der Ausgaben im Gesundheitswesen der überschuldeten Länder der Eurozone dagegen hält.

Den Staatskassen der EU-Länder entgehen durch diese organisierte Steuerflucht der Konzerne nach Kalkulation des Sonderausschusses des Europäischen Parlaments mindestens 50 Milliarden Euro im Jahr, wahrscheinlich sogar weit mehr. Auch dieser Umstand ist ein allemal ausreichend Grund für eine radikale Reform, die mit diesem Unfug ein für alle Mal aufräumt. Wer das noch nicht kapiert hatte, dem boten die Enthüllungen im Rahmen der Luxleaks-Affäre vor einem Jahr noch einmal ausreichend Anschauungsmaterial. Darum ja auch gab es den Sonderausschuss im EP.

Aber was hat sich jetzt, nach gefühlten 100 Studien der OECD und zahlreicher NGOs zum Thema, nach Dutzenden von Anhörungen und Sonntagsreden tatsächlich geändert? Die Antwort lautet auch hier wieder: Fast nichts

Ja, die EU-Staaten haben beschlossen sich künftig gegenseitig über die Steuerdeals zu unterrichten, die sie den jeweiligen Konzernniederlassungen in ihrem Land anbieten. Aber wissen dürfen davon nur die Finanzbehörden. M. a. W.: Man unterrichtet sich künftig, wie die Beihilfe zur Steuerflucht abläuft, aber alles bleibt geheim, ein Zwang zum politischen Handeln wird daraus nicht erwachsen.

Und über all dem regieren Figuren wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker oder der niederländische Finanzminister Jeroen Deijsselbloem, die skrupellos dieses amoralische Geschäft auf die Spitze getrieben haben, und dennoch völlig unangefochten ihre Ämter ausüben. Letzterer bringt es sogar fertig, als Chef der Eurogruppe von den Griechen den

Aufbau eines ordentlichen Steuersystems zu fordern, während die in Griechenland tätigen internationalen Konzerne mit ausdrücklicher Billigung seines Ministerium ihre dort erzielten Gewinne über eine niederländische Briefkastenfirma steuerfrei außer Landes schaffen.

Ich gebe zu, bei diesem Abgrund an Heuchelei, gerade wenn ich an die Not in Griechenland denke, wünsche ich mir manchmal, ich würde Herrn Deijsselbloem gerne mal allein im Dunkeln begegnen.

Aber ganz im Ernst: Im Grunde muss sich doch jeder aufmerksame Zeitungsleser inzwischen fragen: Hey, was läuft hier eigentlich?

Schließlich sind das ja nur zwei von hunderten vergleichbarer Fälle. Denken Sie nur an die Autoindustrie und ihren Abgasschwindel. Dass die offiziellen Werte nicht stimmen, hat das Umweltbundesamt schon vor zehn Jahren angeprangert, trotzdem geschah nichts. Im Gegenteil, stattdessen läuft die fortwährende Verbrüderung der gesamten Politik-Elite mit den Autoherstellern. Ich weiß schon gar nicht mehr, wer der letzte deutsche Regierungschef war, der sich nicht Auto-Kanzler nennen ließ – ein Phänomen, das auch vor den Grünen nicht haltmacht, siehe Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschman.

Und genauso ist es mit allen anderen Branchen auch. Sei das nun die Pharma- und Chemie-Industrie, ich erinnere nur an den milliardenteuren teuren Fehllarm mit der Schweinegrippe oder den jüngsten Skandal um das krebserregende Totalherbizid Glyphosat, oder sei es die Lebensmittelindustrie mit ihrer Weigerung, die Inhaltsstoffe ihrer Mixturen ordentlich zu deklarieren, oder die IT-Branche, der es gelingt ihre Abzocke bei Datengebühren und Softwarelizenzen zu verteidigen, es ist immer wieder dieselbe Mechanik am Werk. Die nötigen Reformen sind klar, aber in vier von fünf Fällen gewinnen die Vertreter der Konzerninteressen. Ich könnte Stunden damit verbringen, Geschichten aufzuzählen, die vom immer weiter wachsenden Einfluss der Großunternehmen und ihrer Kapitaleigner auf die Politik zeugen.

Für viele Zeitgenossen sieht das so aus, als seien die Verantwortlichen eben gekauft oder korrupt, und es mangle einfach an öffentlicher Moral und ehrlichen Leuten an der Spitze. Und ich wünschte, sie hätten Recht. Denn wenn das so wäre, dann würde es ja genügen, drauf zu dringen, das politische Personal auszutauschen und alles würde gut.

Doch leider ist es nicht so einfach. Tatsächlich sind all diese illegitimen, zuweilen sogar illegalen Übergriffe der Wirtschaftsmächtigen auf die Regierungen und Parlamente hinter dem Rücken der Bürger der Ausdruck einer langfristigen Fehlentwicklung, die sich fortwährend beschleunigt.

Das hat einst in den 70er Jahren mit der Aufhebung der festen Wechselkurse und der Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs begonnen. In der Folge entwickelte sich das, was dann später Standortwettbewerb genannt wurde, also die Konkurrenz der Staaten um Investoren und ihr Kapital. Seine volle Wucht entfaltete das mit dem Fall der Mauer und der Integration des früheren Ostblocks und Chinas in die Weltwirtschaft und seitdem befinden sich alle Industriegesellschaften auf einer schiefen Bahn, die immer tiefer hineinführt in die Unterwerfung aller Politik unter die Logik des mobilen Kapitals.

Kein Politiker, keine Partei wagt es mehr, sich ernsthaft dagegen zu stemmen, jedenfalls dann, wenn sie Regierungsverantwortung haben. Nicht mal die Linkspartei, man schaue nur in die Lausitz und den Kampf der Linken um die Fortführung des Braunkohlewahnsinns. Und das ist eben keine Frage der persönlichen Integrität. Sondern dahinter steht ganz schlicht die berechnete Furcht vor Kapitalentzug und dem Verlust von Jobs, über die jede Regierung zu Fall gebracht werden kann.

Nur so ist zu erklären, warum etwa Europas Sozialdemokraten durchweg von Helsinki bis Athen das ur-sozialdemokratische Ziel der Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen

und Vermögen aufgeben und sich lieber tendenziell selbst abschaffen, als mit einer deutlich erhöhten Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen der wachsenden Ungleichheit entgegen zu wirken.

Ein Paradefall für diesen Vorgang ist Sigmar Gabriel. Der Mann ist gewiss nicht dumm und auch nicht gekauft. Ich habe ihn einst, damals noch in Niedersachsen als blitzgescheiten, belesenen und überzeugten Sozialdemokraten kennengelernt. Aber nun, als Bundeswirtschaftsminister, verkauft er seine politische Seele für einen monströsen Anschlag auf die Demokratie, namens TTIP, das sogenannte transatlantische Freihandelsabkommen. Selbst in seiner eigenen Partei haben die meisten Mitglieder inzwischen verstanden dass TTIP mit Freihandel und der Schaffung von Arbeitsplätzen so viel zu tun hat, wie die Dieselmotoren von VW mit dem Umweltschutz, nämlich gar nichts.

Stattdessen geht es um die Einrichtung von Instanzen und Gremien, die transnationalen Unternehmen und ihrer Armee von Anwälten noch mehr Macht und Einfluss verschaffen sollen. Die umstrittenen Schiedsgerichte, die Kapitalgesellschaften eine supranationale Paralleljustiz bieten, sind ja nur ein Element von vielen. Weit schwerer noch wiegt die geplante regulatorische Kooperation. Dabei ist vorgesehen, dass die Aufsichtsbehörden der USA und der EU sich über alle künftig geplanten Regeln und Gesetzentwürfe, die Produkte und Dienstleistungen betreffen, in geheim tagenden Ausschüssen verständigen, noch bevor irgendein Parlament oder die Öffentlichkeit von diesen Planungen überhaupt erfährt.

Kürzlich hat die EU-Kommission ihren eigenen Textentwurf für dieses Kapitel des Abkommens vorgelegt. Und das geht sogar noch weiter. Denn darin ist vorgesehen, dass sich beide Seiten, die USA und die EU, auch noch verpflichten, alle Vorschläge, die in einem der rund 2000 vorgelagerten Gremien, von der OECD bis zu den internationalen Ausschüssen zur Vereinbarung technischer Normen verabschiedet werden, automatisch Gesetzeskraft zu verleihen. Käme es dazu, wäre das ein Einfallstor für den Lobbyismus, wie es das noch nie gab. Es wäre gar nicht mehr notwendig Minister und Abgeordnete unter Druck zu setzen und womöglich öffentliche Auseinandersetzungen zu führen. Nein, die meisten Anliegen könnten diskret unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgesetzt werden.

Passend dazu hat die EU-Kommission ein Programm gestartet, das unter dem unscheinbaren Titel „Better Regulation“, bessere Regulierung, daher kommt. Damit, so verspricht es Frans Timmermans, der Vize-Präsident der EU-Kommission und auch er ein früherer Sozialdemokrat, soll verhindert werden, dass allzu viele oder gar unnütze Vorschriften verabschiedet werden, die den Bürgern das Leben schwer machen. Das klingt gut, und ist doch grob irreführend. Denn das Instrument für diesen Zweck soll wiederum ein anonymer Ausschuss aus Beamten und externen Experten sein, die ermächtigt werden, geplante Regeln abzusegnen oder abzulehnen, indem sie für alle Richtlinien und Verordnungen eine Kosten-Nutzen-Abwägung durchzuführen.

Wie das ausgeht, kennt man aus den USA. Die Kosten, die in der Regel von Herstellern und Dienstleistern zu tragen sind, sind leicht in Euro und Cent zu kalkulieren und ebenso leicht aufzublähen. Der Nutzen dagegen, der etwa in einem besseren Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer und Verbraucher besteht, ist allenfalls langfristig und unter schwer prüfbar Annahmen zu berechnen. So sind die nötigen Gutachten ein weiteres Einfallstor für Lobbyismus. Denn unabhängige Experten gibt es für die meisten Produkte gar nicht. Damit legt sich die Kommission also selbst eine Kette um, und schon ist klar, dass die Abteilungen für Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz die Verlierer sein werden.

Das Programm geht jedoch noch viel weiter. Herr Timmermans fordert nämlich, dass nicht nur die Kommissions-Abteilungen, sondern auch das Parlament, sich diesem Regime unterwirft. Geht es nach ihm, dann sollen die EU-Parlamentarier, bevor sie es wagen, einen Kommissionsentwurf zu ändern, womöglich gar zu verschärfen, wie sie es etwa bei der

Regulierung der Finanzspekulation auf Lebensmittel getan haben, auch diese Änderungen erst durch den Kosten-Nutzen-Apparat prüfen lassen. Und nur wenn der grüne Licht gibt, sollen die Änderungen rechtskräftig werden. Das Verfahren ist noch in der Verhandlung. Aber zu befürchten ist, dass Parlamentspräsident Martin Schulz, auch er so ein gewendeter Sozialdemokrat, auch diese weitere Kastration des Parlaments durchdrücken wird, genauso wie er vergangene Woche verhindert hat, dass der Sonderausschuss zur Steuerflucht der Konzerne fortgesetzt wird, nur um seinem Kumpel Jean-Claude Juncker den Rücken frei zu halten.

Der Vorgang zeigt auch an, wohin die Reise geht. Gerade weil die Macht der Wirtschaftselite und ihrer Agenten in den Apparaten auf wachsenden Widerstand trifft, betreiben diese umso intensiver die Schaffung und Nutzung von Instanzen, mit Hilfe derer sie sich der Kontrolle gleich ganz entziehen. Das ist genau der Weg in die Post-Demokratie, vor dem der britische Soziologe Collin Crouch schon vor zehn Jahren gewarnt hat.

Ein herausragender Fall war da auch die Schaffung der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission zur Durchsetzung der Schockprogramme in den Krisenländern der Eurozone. Dieses Beamtenheer, eingesetzt von der Eurogruppe, einem informellen Gremium ohne jede Rechtsgrundlage, war und ist nicht mal Teil des europäischen Rechtssystems. Vielmehr entscheiden da weitgehend unbekannte Beamte, die keinem Parlament und nicht mal dem Rechnungshof rechenschaftspflichtig sind, über das Schicksal von Millionen. Und niemand, auch nicht der Europäische Gerichtshof, kann sie zur Rechenschaft ziehen, auch dann nicht, wenn man ihnen die Verstrickung in korrupte Deals nachweisen könnte. Die Herren und einige wenige Damen genießen diplomatische Immunität. So unkontrollierte Macht öffnet deren Missbrauch Tür und Tor. Unvermeidlich hat sie denn auch dazu geführt, dass völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit selbst völlig absurde Lobbyinteressen eins zu eins umgesetzt wurden.

Das jüngste Beispiel, auf das ich stieß, war die Sache mit der Milch in Griechenland. Dort galt, dass Frischmilch nicht länger als fünf Tage nach der Abfüllung gelagert werden darf. Das hieß, dass in den Supermärkten praktisch nur griechische Frischmilch verkauft wurde. Die großen Ketten wie Lidl konnten deshalb keine billige Überschusmilch aus Deutschland und Holland vermarkten, mit der sie weit größere Gewinnspannen einstreichen könnten.

Also, was geschah? Das jüngste Memorandum, das jetzt nach der Verwandlung von Griechenland in ein Protektorat umgesetzt wird, verlangte, dass diese Frischpflicht ersatzlos abgeschafft wird und so ist es nun auch passiert. In der Folge werden griechische Bauern und Molkereien Marktanteile, Jobs und Einkommen verlieren und genauso der Staat an Steuereinnahmen. Das Ganze ist an wirtschaftlicher Irrationalität kaum zu überbieten, aber die Griechen haben keine andere Wahl und das Europaparlament ist gar nicht erst zuständig.

In die gleiche Kategorie fällt der ungeheuerliche Machzuwachs der Europäischen Zentralbank. Dass diese in ihren geldpolitischen Entscheidungen unabhängig ist, hat seine historische Begründung. Wenn Regierungen direkten Zugriff auf die Geldschöpfung hatten, ging das oft schief. Doch im Gefolge der Eurokrise ist den EZB-Direktoren eine Macht zugewachsen, die allen demokratischen Prinzipien Hohn spricht. So hat der EZB-Vorstand etwa in alleiniger Verantwortung entschieden, in Griechenland eine Bankenpanik zu erzeugen, mit der die linke Regierung erpresst wurde, das Gegenteil von dem zu tun, wofür die Bürger gestimmt hatten. Dabei ist es der eigentliche Zweck jeder Zentralbank, einen Bankenkrach als Kreditgeber der letzten Instanz zu verhindern. Zugleich ist die EZB nun aber auch noch die Aufsichtsbehörde für die 124 größten Banken in Euroland. Welchem Zweck dient nun künftig die Geldpolitik? Der Stabilität des Finanzsystems? Oder doch der Bankenrettung, bzw. deren vermögenden Gläubigern?

Gleichzeitig ist aber ausgerechnet Mario Draghi, der Präsident der EZB, Mitglied eines der einflussreichsten Lobby-Gremien der Welt: Der Group of Thirty. Was das ist, kann keiner besser beschreiben als mein Kollege Norbert Haering vom Handelsblatt. Hier ein kleiner Auszug aus seinem Blog:

„In der G-30 gibt es zehn ehemalige Zentralbanker, die heute ein zumeist sehr hohes Salär als Topmanager einer internationalen Finanzinstitution verdienen. Neben den zehn Bankern, die früher Zentralbanker waren, gibt es umgekehrt noch drei aktive Zentralbanker, die früher hochkarätige Privatbanker waren, und zwar alle bei der gleichen Firma, Goldman Sachs. Es sind dies die Präsidenten von drei der wichtigsten Zentralbanken der westlichen Welt, neben Draghi auch der Chef der Bank von England, Mark Carney, und der Chef der Federal Reserve of New York, William Dudley, der für die Aufsicht über die Wall Street zuständig ist. **Und was machen sie da?** Sie erarbeiten unter anderem gemeinsam, **wie gute Aufsicht über diese großen internationalen Finanzinstitute auszusehen hat** und veröffentlichen das Ergebnis, damit die Banker und Aufseher der unteren Ebene wissen, wie sie sich verhalten sollen.“

Allein schon diese wenigen Fakten sprechen für sich.

Liebe Freunde und Aktivisten, wenn man sich all das vor Augen führt, von TTIP bis Troika, von Better Regulation bis zur unkontrollierten Macht der EZB, dann entsteht ein erschreckendes Bild: Hier erhebt eine Diktatur der Wirtschaftselite und ihrer Technokraten ihr Haupt, die wir auf gar keinen Fall zulassen dürfen.

Nicht nur, dass damit die Gesellschaft immer ungerechter wird. Zugleich sind diese Fehlentwicklungen auch ein direkter Antrieb für Anti-Europäer und Rechtspopulisten. Die Formel „Wir gegen die Eliten“ zündet nicht nur bei Linken, sondern auch bei denen, die das gleich mit Rassismus und dem Ruf nach dem starken Führer verknüpfen.

Darum halte ich es für ausgemacht: Wenn es nicht gelingt, diese Erosion der Demokratie zu stoppen, dann werden sich immer mehr Menschen von der Idee des geeinten Europa und den Prinzipien der offenen Gesellschaft abwenden, und ihre Stimme jenen geben, die ihnen das Heil in nationaler Abschottung und autoritärer Führung versprechen.

Und dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in einem der Kernländer Europas Figuren wie Marine Le Pen an die Macht kommen, die der Unmenschlichkeit den Weg bahnen und sich vermutlich, genauso wie einst die Nazis, mit den Wirtschaftsmächtigen arrangieren werden.

Ja, ich weiß, das klingt jetzt alles gar nicht gut. Aber, und das ist mindestens genauso wichtig: Auch die Gegenbewegung wächst, und zwar gewaltig. Dreieinhalb Millionen Unterschriften gegen TTIP, mehr als 200 000 Menschen bei der Anti-TTIP-Demo in Berlin – seit den Hochzeiten der Friedensbewegung hat es kein so mächtiges Lebenszeichen der Demokratie von unten mehr gegeben. Fürs erste haben wir damit den schlimmsten aller Gegner erst mal matt gesetzt: Nämlich das Gefühl der eigenen Ohnmacht. Mir ging es richtig gut an dem Tag.

Sehr, sehr viele Menschen aus ganz unterschiedlichen Schichten und Kulturen kamen da zusammen. Die wenigsten wissen, was genau hinter dem Kürzel ISDS steht und noch weniger wissen, was mit Regulatory Cooperation gemeint ist. Aber alle spüren, dass dieser langjährige Trend zur Verschiebung der politischen Macht in den vor-parlamentarischen und transnationalen Raum eine fundamentale Bedrohung ihrer demokratischen Rechte darstellt. Wenn Dreiviertel aller Befragten ein Lobbyregister und die Offenlegung der Kontakte fordert, wie die jüngste Umfrage von Lobbycontrol ergab, dann tun sie das ja nicht, weil sie ganz abstrakt hehre Prinzipien hochhalten wollen, sondern weil sie ahnen, dass da eine bedrohliche Fehlentwicklung im Gange ist.

Und es ist nicht allein die Zahl der Unterstützer, die wichtig ist. Dazu gehört, dass sehr viele, gutbürgerliche und gut situierte Zeitgenossen aufwachen und anfangen, sich in eigenen

Gruppen zu engagieren. Neulich musste ich mich einer OP in einem Zehlendorfer Krankenhaus unterziehen, und als der Chefarzt las, ich sei Journalist, fragte er mich zuallererst, wie stehen Sie zu TTIP? Ich stand zum Glück richtig, und musste um meine Behandlung nicht fürchten, aber verblüfft war ich schon. Noch viel stärker ist die Skepsis unter Juristen. Diese sind nun mal geeicht auf den Schutz der Grund- und Bürgerrechte. Und genau diese greifen die Lobbykraten ja an.

Wenn daraus mehr werden soll, dann sind natürlich Organisationen wie Lobbycontrol unverzichtbar. Und der grundsätzliche Ansatz ist auch genau der Richtige: Licht ins Dunkel der Abhängigkeiten bringen. Ja, wir müssen wissen, wer von den Mandatsträgern mit wem worüber verhandelt, wer welche Gesetzestexte schreibt, welche Abgeordneten über ihre beruflichen Engagements oder auch als Honorar getarnte Bestechungszahlungen in Interessenkonflikte verstrickt sind. All das ist richtig, aber es ist nicht genug. Allein damit werden wir die Übermacht etwa der Finanzindustrie nicht brechen.

Okay, ich weiß, jetzt begeben Sie mich auf fremdes Terrain, das ich als Journalist nicht wirklich beurteilen kann. Ich bitte darum schon vorab um Entschuldigung für die nun folgenden großmäuligen Vorschläge.

Tatsache ist jedoch, dass aus all den hoffungsvollen Ansätzen gegen die Machtergreifung der Konzernfürsten noch keine wirklich machtvolle Bewegung geworden ist. Darum denke ich: Wenn die Verteidigung der Demokratie gelingen soll, dann müssen die vielen Organisationen und Gruppen, die dafür streiten, viel enger zusammen arbeiten als bisher, und zwar europaweit. Das Kapital, um mal diesen altmodischen Ausdruck zu gebrauchen, ist auf Europa-Ebene perfekt organisiert und verfügt über unbeschränkte Mittel. Das wird den Verteidigern der Demokratie niemals gelingen, aber dafür können sie ihre Gegner in der Öffentlichkeit, auf der Straße, im Netz und in den Medien bloßstellen – vorausgesetzt sie ziehen an einem Strang. Gewiss, Lobbycontrol arbeitet eng mit dem Corporate Europe Observatory zusammen, und das ist auch gut so. Aber um auf Europa-Ebene schlagkräftig zu werden, genügt das nicht.

Es braucht viel mehr europäische Konzertierung. Ein erster Schritt könnte sein, mit ganz vielen Organisationen von Greenpeace bis Human Rights Watch, vom Europäischen Gewerkschaftsbund bis zu Urgewald, einen gemeinsamen Recherchepool aufzubauen, wo ein Stab von erfahrenen Rechercheuren alle Fakten zu einzelnen strategisch wichtigen Themen zusammenträgt und verständlich aufbereitet. Auf dieser Basis könnten dann alle gemeinsam europaweit mobilisieren.

In Washington gibt es das Center for Public Integrity, das ein wenig diese Funktion ausübt, obwohl auch das nicht genügend landesweit vernetzt ist. Aber die Idee ist gut. Ich würde mir wünschen, dass die europäischen NGOs gemeinsam ein solches European Center for Public Integrity gründen, mit dem die NGO-Szene wenigstens teilweise ihre Zersplitterung mit all ihren kleingeistigen Organisations-Egoismen überwindet. Oder zugespitzt ausgedrückt: Die Zivilgesellschaft braucht endlich europäische Zähne, wenn sie zur Demokratiebewegung wachsen soll. Ein solches gemeinsames Zentrum könnte auch dazu beitragen, die Beißhemmung vieler NGO-Aktivisten zu umgehen, wenn es um das „naming and blaming“ jener Leute geht, die in den Institutionen arbeiten, auf deren finanzielle Unterstützung so manche NGO angewiesen ist.

Also, um das konkret zu machen: Ich will, dass die Namen und Taten der Lobbyisten im Amt, aber auch die ihrer Einflüsterer, auf einem gemeinsamen europäischen Portal mit Fotos veröffentlicht werden. Es muss ein Risiko für die persönliche Reputation werden, wenn man sich allzu offen mit den Sachwaltern der Konzerninteressen einlässt. Ja, es gibt Lobbypedia und LobbyFacts, das europäische Pendant bei CEO, aber diese Datenbanken werden kaum genutzt und verbreitet, weil nur wenige davon überhaupt wissen.

Dazu würde auch gehören, in weit größerem Maße als bisher die Saboteure der Demokratie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen: Es gilt Mittel und Wege zu finden, den unzulässigen Einfluss der Wirtschaftsmächtigen vor Gericht zu bringen. Ja, natürlich entscheiden auch Richter nur zu oft im Sinne der wirtschaftlich Mächtigen, aber trotzdem gilt: Das Grundgesetz und die Menschenrechtscharta der EU sind starke Instrumente für alle Verteidiger der Demokratie. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes gegen Facebook & Co in Sachen Datenschutz waren da sehr vielversprechend. Und wie schon gesagt, es gibt viele gute Juristen, die sich beteiligen wollen.

Und dann schließlich, jetzt kommt der schwierigste Part: Ich glaube, die Verteidiger der Demokratie in der NGO-Szene müssen politischer werden. Das mag vielleicht komisch klingen, denn natürlich sind Aktivisten wie die hier bei Lobbycontrol per se politisch. Aber Öffentlichkeit herstellen ist zwar zwingend notwendig, doch es ist nicht hinreichend. Am Ende muss es auch genügend Leute in Parlamenten und Regierungen geben, die die notwendigen Maßnahmen auch in die politische Arena tragen und dort durchkämpfen.

Das heißt: Wer wirklich was ändern will, der muss rein in die Parteien. Das ist meine TINA-Feststellung. There is no alternative. Ich weiß, das hören die meisten nicht gern. Ihh, Parteien! Das steht für Ochsentour, Feilschen um Anträge, faule Kompromisse im Hinterzimmer und eitle Narzisten, die sich vor den Kameras spreizen und Wortmüll ausstoßen.

Aber, und das gilt für die Aktivisten aller Länder: An den Widrigkeiten des politischen Geschäfts führt kein Weg vorbei. Wenn nur noch Karrieristen und Opportunisten in den Parteien agieren, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir nur noch von Karrieristen und Opportunisten regiert werden.

Ja, ich will, dass Leute wie Ulrich Müller oder Heidi Bank im Bundestag meine demokratischen Rechte verteidigen. Und genau dort sowie im Europäischen Parlament müssen sie, müssen wir der schärfsten Waffe der Demokratie immer wieder neu zum Durchbruch verhelfen: Transparenz und Öffentlichkeit für genau die Fragen, die auch die Leitfragen meiner eigenen Arbeit sind: Cui bono? Wem nutzt es und von wo fließt das Geld?

Oder, wie der große Philosoph Immanuel Kant schon vor 220 Jahren schrieb:

„Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht. Denn eine Maxime, die verheimlicht werden muss, und zu der ich mich nicht öffentlich bekennen kann, ohne dass dadurch der Widerstand aller gegen meinen Vorsatz gereizt werde, kann diese Gegenbearbeitung aller gegen mich nirgendwo anders als von der Ungerechtigkeit haben, womit sie jedermann bedroht.“

Daran hat sich nichts geändert.

**Hier lesen Sie den Blog-Beitrag zur Feier auf [lobbycontrol.de](https://www.lobbycontrol.de):**

<https://www.lobbycontrol.de/2015/11/so-feierten-wir-10-jahre-lobbycontrol/>